

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Senat darf die Charité nicht hängen lassen – Wiedereingliederung der Charité Facility Management muss vollständig vom Land Berlin finanziert werden

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die finanziellen Aufwendungen für den Rückkauf der Charité Facility Management (CFM) zu keiner Mehrbelastung der Charité führen. Auch weitere mögliche Mehrausgaben, wie zum Beispiel die Anpassung der Lohnstrukturen der CFM an den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVöD), müssen durch den Senat getragen werden. Daher fordern wir den Senat auf, schnellstmöglich ein Konzept vorzulegen, das aufzeigt, wie die zu erwartenden Mehrbelastungen der Charité finanziert werden sollen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2017 zu berichten.

Begründung:

Die CDU-Fraktion unterstützt ausdrücklich das Ziel einer besseren Entlohnung für die rund 2.900 CFM-Mitarbeiter. Allerdings betrachten wir die vom Senat geführten Verhandlungen über einen Rückkauf der CFM mit großer Sorge. Schätzungen gehen davon aus, dass in Folge des Rückkaufs eine entsprechende Entlohnung der Beschäftigten nach TVöD jährlich zu Mehraufwendungen von ca. 30 Millionen Euro führen wird.

Zu den knapp 30 Millionen Euro kommen gegebenenfalls noch weitere 10 Millionen Euro für die Umstrukturierung des Betriebes und den Rückkauf der privaten Firmenanteile. Die Cha-

rité macht momentan einen Gewinn von einem geringen einstelligen Millionenbetrag (2016=3,8 Mio. Euro). Das macht deutlich, dass die Rückkaufpläne des neuen Senats die Charité sowie die geplante Anpassung an den TVöD die Charité in die roten Zahlen bringen wird. Dies kann mittelfristig die medizinische Qualität sowie die Arbeitsplätze an der Charité gefährden. Der Senat muss daher die absehbaren finanziellen Mehrbelastungen für die Charité durch eine Erhöhung seiner finanziellen Zuschüsse kompensieren. Andernfalls ist der Senat dafür verantwortlich zu machen, dass sein politisches Handeln die Charité in Schieflage bringt. Leidtragende dieses Handelns werden mittelfristig die Mitarbeiter und Patienten sein.

Berlin, den 9. Mai 2017

Graf Melzer Dr. Ludewig
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU